Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 289. | Dresden, Dienstag den 14. Dezember 1915. | 26. Jahrg.

Die Säuberung Südmazedoniens. – Der griechische Wahlkampf. – Salandras Freunde und Gegner. – Die amerikanische Ancona-Note.

Teuerung und Tarifverträge.

Von August Winnig.

Die vertragliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hat, wie männiglich bekannt, ein doppeltes Gesicht. Sie ist für die Arbeiterschaft günstig, wenn sie die Unternehmer hindert eine Zeit wirtschaftlichen Niederganges zu Lohnkürzungen und anderen Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses auszunutzen, sie ist ihnen lästig, wenn Zeiten gewerblicher Blüte Verbesserungen ermöglichten, auf die man jedoch infolge der vertraglichen Bindung verzichten muß. In diesem Falle gleichen Arbeiterschaft und Unternehmertum den beiden Halbkugeln der Erde: was für die eine Sonnenaufgang ist, ist für die andere Abenddämmerung — wat den einen sin Uhl is, is den annern sin Nachtigall.

Auf dieser Zwieschlächtigkeit der Tarifverträge beruht jedoch im Grunde genommen ihre Existenz. Würden sie dem einen Teil nur Feigen, dem andern aber Distelköpfe bieten, so wären sie überhaupt nicht möglich. Man hat die Tarifverträge nicht ganz mit Unrecht ein notwendiges Uebel genannt. Das Wort ist zwar sehr einseitig, weil es nur die lohnbildende Wirkung der Tarifverträge kennzeichnet und ihre Bedeutung für die Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses außer acht läßt, aber in dieser Begrenzung spricht es aus, was ist. Beide, Arbeiter wie Unternehmer, schätzen die Tarifverträge in erster Linie des Schutzes wegen, den sie dem Arbeitsverhältnis vor willkürlichen Eingriffen des anderen Teils gewähren. Die Arbeiter wollen den mühsam erreichten Stand der Löhne vor den herabdrückenden Tendenzen der Wirtschaftskrisis sicherstellen, die Unternehmer wollen der Ausnutzung guter Geschäftszeiten zu Lohnsteigerungen vorbeugen und sich für eine bestimmte Zeit einen verläßlichen Arbeitsfrieden sichern, der den Erwerb vor Störungen bewahrt.

Zu diesen grundlegenden Voraussetzungen des Tarifvertrages sind jedoch im Laufe der nun schon zwei Jahrzehnte umfassenden Entwicklung verschiedene andere Interessen getreten, die die Organisationen beider Teile mit den Tarifverträgen verbinden. So einmal die Stärkung, die die Stellung der Organisation als Träger des Arbeitsverhältnisses im Gewerbe erfährt; weiter die Möglichkeit, in die frühere Anarchie der von Ort zu Ort wechselnden Arbeitsbedingungen Ordnung zu bringen und überlieferte Unterschiede in Lohn und Arbeitszeit, die im Laufe der Zeit jeden Sinn und jede Berechtigung verloren hatten, zu beseitigen und nach vernünftigen sozialen Gesichtspunkten auszugleichen; schließlich aber für die Arbeiter die Aussicht, durch den Tarifvertrag der Unternehmerwillkür den Weg zu verlegen und das Arbeitsverhältnis auf die Grundlage der Gleichberechtigung beider Partner zu stellen, soweit das bei der Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln möglich ist. Neben diesen Interessen, die ja hauptsächlich auf Arbeiterseite liegen, spielen Bestrebungen der Unternehmer eine gewisse Rolle, die an dem Aufkommen der Tariffreundschaft in Unternehmerkreisen einen nicht geringen Anteil haben. Man sah und sieht in Tarifverträgen, die sich auf beiderseitige zentrale Organisationen stützen, ein Mittel, den Arbeitskämpfen eine Ausdehnung zu geben, die so hohe Anforderungen an die Kampfkraft der Gewerkschaften stellt, daß schon davon eine die Kampflust dämpfende Wirkung ausgeht. In diesen beiderseitigen Interessen und Strebungen ist der feste Grund gegeben, auf dem das Tarifvertragswesen beruht. Er hatte sich, obwohl dem Tarifvertrage eine formalrechtlich bindende Kraft fehlt, in Friedenszeiten als stark genug erwiesen, um auch verhältnismäßig harte Proben zu bestehen. Er zeigte sich aber auch stark genug, um in der Feuerprobe der Kriegszeit standzuhalten. Als sich in den ersten Wochen des Krieges Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften in der Versicherung zusammenfanden, auch jetzt, wo alle Grundlagen der Friedenswirtschaft wankten, an den geschlossenen Verträgen festzuhalten, tat sich darin eine Stärke des Tarifgedankens kund, die man noch vor zehn Jahren nicht für möglich gehalten hätte. In jener Zeit der jäben Stockung in Handel und Wandel, wo viele Hunderttausende aus der gewohnten Arbeit herausgeschleudert waren, kam diese Sicherung der Verträge zunächst und zumeist den Arbeitern zugute. Bald jedoch änderte sich das Bild. Die Einberufungen zum Heeresdienst auf der einen, der Aufbau einer spezifischen Kriegsindustrie auf der anderen Seite entlasteten den Arbeitsmarkt. Blieb die Stockung der Produktion auch für einige Industrien, die durch die Unterbindung des Ueberseehandels lahmgelegt sind, bestehen, so überwog aber doch bald eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften.

Jetzt hörte die vertragliche Bindung des Arbeitsverhältnisses auf, eine Gunst für die Arbeiter zu sein, jetzt wurde sie zu einem Hindernis, die günstige Lage des Arbeitsmarktes auszunutzen. Aber selbstverständlich fühlten sich die Arbeiter und ihre Organisationen verpflichtet, die Tarifverträge innezuhalten. Zu der Knappheit der Arbeitskräfte kam alsbald die steigende Teuerung, für die ein Ausgleich fehlte. Hier und da gelang es, die Unternehmer zur Gewährung von Teuerungszulagen zu bestimmen. In vielen Fällen waren diese Bemühungen jedoch vergeblich. Das war eine weitere schwere Probe der Festigkeit des deutschen Tarifvertragswesens. Nicht überall fiel sie gleichmäßig aus. Zu den Gewerben, die hierbei völlig versagten, gehört auch das Baugewerbe, dessen Unternehmerorganisation nicht nur die Vereinbarung einer Teuerungszulage von Organisationswegen ablehnte, sondern ihren Mitgliedern die Zahlung von Zulagen strikte verbot und mit Strafen bedrohte, — eine Drohung, die tatsächlich schon ausgeführt wurde. Diese Erscheinung ist sehr bedauerlich, insbesondere darum, weil gerade das Tarifwesen des Baugewerbes als ein verheißungsvoller Kristallisationskern neuzeitlicher Arbeitsverfassung angesehen wird. Sie ist natürlich nach dem formalen Vertragsrecht nicht zu beanstanden, aber um so mehr ist sie eine Verleugnung des Geistes, der dem Vertragswesen innewohnt: die freie Vereinbarung des Tarifvertrages artet hier, wo alle Voraussetzungen der tariflichen Lohnstufen von Grund aus geändert sind, zu einer Vergewaltigung des einen Teiles aus. Das den Arbeitern ungünstige Gesicht des Tarifvertragswesens hat sich ihnen hier in so schreckhaften Zügen gezeigt, daß der dadurch hervorgerufene Eindruck auf lange Zeit unverwischbar sein wird.

Dieser Vorgang ist von mehr als nur theoretischem Interesse. Das Baugewerbe steht vor dem Ablauf der Tarifverträge. Am 31. März des nächsten Jahres werden die Reichstarifverträge für das Hochbaugewerbe, das Malergewerbe, den Betonbau und die Bezirkstarife für das Stukkateurgewerbe ihre Geltung verlieren und es wird sich nun darum handeln, was nach diesem Zeitpunkt gelten soll. Es ist klar, daß der Verlauf dieser Angelegenheit eine Bedeutung hat, die weit über den Kreis der unmittelbar beteiligten Arbeiter hinausreicht. Jetzt soll sich zeigen, ob hinter den hochklingenden Reden von der Solidarität aller Volksklassen auch der tatbereite Wille steht, den Arbeitern die ungeheure Last zu erleichtern, die die Begleiterscheinungen des Krieges auf ihre Schultern gelegt haben. Die sozialistisch und gewerkschaftlich geschulte Arbeiterschaft redet sich keinen Augenblick ein, daß der Geist der Einmütigkeit in der Abwehr der äußeren Gefahren von Land und Volk seinen Interessenkonflikten mit dem Unternehmertum auch nur einen Schatten an Schärfe nehmen würde, aber sie sieht in der Teuerung, die sie heute bedrückt, ein Opfer, das sie der Sache des Landes bringt, und sie glaubt, daß, wenn irgendwo, dann hier die Solidarität der Klassen gegenüber den Nöten der Kriegszeit zur Tat werden muß.

Um es kurz zu sagen: Es ist für die Zukunft des Tarifvertrages von überragender Bedeutung, ob es gelingt, den Arbeitern auch nur annähernd einen Ausgleich zu schaffen. Es gehört aber nicht viel Witz dazu, um zu begreifen, daß es bei dieser Entscheidung um mehr geht, als nur um die Stellung der Arbeiterschaft zu den Tarifverträgen.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 14. Dezember 1915.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Keine wesentlichen Ereignisse.

Balkan-Kriegsschauplatz:

Südwestlich und südlich von Pleulje haben die österreichisch-ungarischen Truppen den Feind erneut zum Weichen gebracht. Dort und in den ostmontenegrinischen Bergen wurden etwa 2500 Gefangene eingebracht.

Oberste Heeresleitung.

Einberufung des bulgarischen Parlaments.

† Sofia, 14. Dezember. Utro meldet: Der Ministerrat hat beschlossen, die Sobranje am 28. Dezember einzuberufen. Es wurde dabei festgestellt, daß Bulgariens Lage günstig sei. Der Feldzug gegen Serbien ist glücklich durchgeführt. Bulgarien hat sein Gebiet um 50 000 Quadratkilometer vergrößert. Seine Kräfte sind so erhalten, daß es im Verein mit seinen Verbündeten allen Ereignissen gegenüber gerüstet dasteht. Die Sobranje wird sich in erster Linie mit finanziellen Gesetzentwürfen befassen, namentlich mit einem Kriegskredit von 150 Millionen. Die Tagung wird am 4. Januar zu Ende gehen. Die Regierung ist davon verständigt worden, daß sie auf die Unterstützung aller Parteien außer der Sozialdemokraten rechnen kann. In erster Linie wird der Ministerpräsident Radoslawow eine Rede über die äußere und innere Politik halten.

Eine Denkschrift für Rumäniens Anschluß an die Zentralmächte.

Bukarest, 14. Dezember. Marghiloman überreichte dem Könige in besonderer Audienz eine Denkschrift, die betonen soll, daß Rumänien sich von jetzt an an die Seite der Mittelmächte stellen und Bessarabien besetzen müsse.

Rumänisches Getreide.

Budapest, 14. Dezember. Nach einer Meldung des Pester Lloyd aus Bukarest sind die Schwierigkeiten wegen Begleichung des Kaufpreises für rumänisches Getreide beigelegt. Der Preis von 110 ist bei der rumänischen Nationalbank zahlbar, die Ausfuhrgebühr in Gold jedoch bei Berliner Banken für Rechnung des rumänischen Staates.

Fliegerunglück in Mailand.

† Mailand, 14. Dezember. Corriere della Sera berichtet über ein schweres Fliegerunglück auf dem Flugplatz bei Mailand. Der Führer, der Beobachtungsoffizier und noch ein Insasse des verunglückten Flugzeugs waren sofort tot.

Wiederherstellung des Königs von England.

† London, 14. Dezember. (Reuter.) Die Aerzte des Königs geben bekannt, daß der König so weit hergestellt ist, daß er seine Arbeiten mit gewissen Einschränkungen wieder aufnehmen kann.

Der russische Generalstabsbericht.

† Petersburg, 14. Dezember. Der amtliche Kriegsbericht vom 13. Dezember lautet: Auf der Westfront keine wesentliche Veränderung. Westlich des Baginskoje-Sees drangen unsere Truppen in Wotnjany ein und warfen eine halbe deutsche Kompanie im Bajonettkampfe aus dem Dorfe. Ein Offizier und einige Soldaten mit einem Maschinengewehr wurden gefangengenommen. Im Kaukasus keine Veränderung.

An der griechischen Grenze.

Gewgeli und Doiran, die beiden an der östlichen Südgrenze Mazedoniens gelegenen Städte, sind in den Händen der Bulgaren, und vielleicht toben in dieser Stunde schon die Verfolgungskämpfe auf griechischem Gebiet. Nach einem Telegramm des italienischen Berichterstatters Magrini griffen die Bulgaren die ganze Front Gewgeli—Doiran in dichten Massen nach deutscher Taktik an. Diese Nachrichten überraschen in Italien unangenehm; noch nach den letzten Nachrichten sollten die Franzosen die Linien an den Flüssen Petrovka—Boimia halten, indem sie ihren rechten Flügel auf Doiran stützten. Daraus schloß man, daß die französische linke Flanke durch eine starke Stellung an den Marionska-Bergen gedeckt sei; statt dessen ist nunmehr bei Gewgeli der französische linke Flügel geworfen worden, so daß die westlich des Wardar stehenden Franzosen nicht mehr südlich über Gewgeli zurückgehen können, sondern auf das Ostufer des Wardar übergehen müssen, um südwestlich von Doiran griechischen Boden zu erreichen. Das bedeute eine vollständige Verschiebung der französischen Rückzugslinie von der Wardarbahn auf die über Doiran gehende Zweigbahn von Dedeagatsch.

Aus Mailand wird dem Daily Telegraph berichtet, daß es vor allem britische Kontingente seien, die den Stoß auszuhalten haben. Vor fünf Tagen habe der vereinigte deutsch-bulgarische Angriff mit großer Heftigkeit begonnen. Die Schlacht habe ununterbrochen 72 Stunden gedauert, und der Feind habe verzweifelt versucht, die Vierverbandstruppen über die griechische Grenze zu drängen. Die Operationstruppen standen unter dem Befehl des Generals Monroe und bildeten den rechten Flügel, während die Franzosen auf dem linken Flügel stehen. Eine bedeutende Schar bulgarischer Truppen, die durch Deutsche verstärkt wurden, sei über Uesküb durch das Wardartal bis Strumitza vorgedrungen, trotzdem ihnen durch die britische Artillerie schwere Verluste beigebracht worden seien. Die Gefahr, umgangen zu werden, sei so groß gewesen, daß die Engländer zurückweichen mußten. Gleichzeitig hätten die Franzosen wütende Massenangriffe auszuhalten gehabt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19151214/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG